



HESSISCHER LANDTAG

26. 02. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Abschluss eines Staatsvertrags mit der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird ersucht, einen Staatsvertrag (altern. eine vertragliche Vereinbarung) mit der Alevitischen Gemeinde Deutschlands e.V. abzuschließen, der das Verhältnis zwischen dem Land Hessen und den in Hessen lebenden Aleviten auf eine tragfähige Grundlage stellt.
2. Der Landtag sieht in dem Abschluss eines Staatsvertrages, wie er zwischen der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V. und den Ländern Hamburg und Bremen existiert sowie im April 2019 auch in Rheinland-Pfalz unterzeichnet wird, eine Chance, die Integration voranzubringen und Aspekte der praktischen Religionsausübung, Fragen der Wertgrundlagen der grundgesetzlichen Ordnung sowie des Bekenntnisses zum staatlichen Schulwesen vertraglich zu regeln.
3. Der Landtag stellt fest, dass über einen Staatsvertrag beispielsweise wichtige Themen wie alevitische Bestattungen, religiöse Feiertage, Krankenhaus-, Hospiz- und auch Gefängnisseelsorge verbindlich geregelt werden können.
4. Der Landtag stellt fest, dass der Abschluss eines solchen Staatsvertrags ein konkreter Vorschlag zur Anerkennung alevitischer Religionsgemeinschaften ist.
5. Der Landtag ersucht die Landesregierung, den Dialog mit der Alevitischen Gemeinde Deutschland aufzunehmen und zu erörtern, wie der Prozess bis zu einem Vertragsabschluss aussehen kann.

Begründung:

30 Jahre nach der Gründung der Alevitischen Gemeinde Deutschland ist es sinnvoll und notwendig, die Beziehungen zwischen dem Land Hessen und der rund 130.000 Mitglieder zählenden Religionsgemeinschaft der Aleviten auf eine neue Stufe zu stellen. Die Aleviten bilden nach den Muslimen die zweitgrößte, vor allem aus der Türkei eingewanderte religiöse Gruppe in Deutschland. Sie sind offiziell als Religionsgemeinschaft anerkannt.

Staatsverträge, wie es sie in Hamburg und Bremen gibt sowie künftig in Rheinland-Pfalz geben wird, sind ein Ausdruck gegenseitiger Wertschätzung und tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Sie bieten die Möglichkeit, den Dialog zwischen Staat und migrantischen Religionsgemeinschaften sowie die gesellschaftliche und religionsrechtliche Integration der Aleviten zu verbessern. Gespräche und vertragliche Vereinbarungen sind zudem ein Weg, der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und Segregation entgegenzuwirken.

Wiesbaden, 26. Februar 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
Thorsten Schäfer-Gümbel